



WORTPROTOKOLL

**der 6. Sitzung der
XX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 25. November 2010

14.33 Uhr - 15.12 Uhr

Tagesordnung

1. *Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2011.*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 448 uns S. 458)

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut B i e l e r (S. 448)

Beginn der Sitzung: 14 Uhr 33 Minuten

Präsident Gerhard Steier: Ich eröffne die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Ich ersuche nun Frau Schriftführerin Andrea Gottweis um Verlesung des Einlaufes. Bitte Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführerin Andrea Gottweis: Einlauf für die 6. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 25. November 2010.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag über den Landesvoranschlag für das Jahr 2011 (Zahl 20 - 60) (Beilage 96);
2. Der Beschlussantrag über die Kenntnisnahme des Finanzplanes für das Burgenland für die Jahre 2011 bis 2015 (Zahl 20 - 61) (Beilage 97);

Präsident Gerhard Steier: Sehr geehrte Damen und Herren! Die Zuweisung werde ich nach der Budgetrede des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, vornehmen.

Ich gebe nunmehr die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet sich nur ein Punkt und zwar ist dies die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2011.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2011

Präsident Gerhard Steier: Der 1. und einzige Punkt der Tagesordnung betrifft die Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landesrat Helmut Bieler, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2011.

Ich darf Dich, sehr geehrter Herr Landesrat, bitten.

Landesrat Helmut Bieler (SPÖ): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Präsident! Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Werte Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Erstellung des Landesvoranschlages 2011 stand vor dem Hintergrund und unter dem Eindruck einer der weltweit größten wirtschaftlichen Rezessionen.

Der Sog der im Jahre 2008 ausgelösten Wirtschaftskrise machte wie vor den übrigen europäischen Staaten auch vor Österreich nicht halt. Das reale österreichische Bruttoinlandsprodukt schrumpfte im Jahr 2009 um 3,9 Prozent. Im laufenden Jahr 2010 war bisher – im Gegensatz zu den äußerst pessimistischen Prognosen im Jahr 2009 – wieder eine Verbesserung der wirtschaftlichen Gesamtlage zu verzeichnen.

Das WIFO geht in seiner aktuellen Prognose davon aus, dass die österreichische Wirtschaft im Jahr 2010 um 2,0 Prozent wachsen wird, wobei aber bereits im Folgejahr 2011 mit einer Stagnation beziehungsweise einem leicht verminderten Wachstum von 1,9 Prozent gerechnet wird. Verlässliche Voraussagen über größere Zeiträume hinweg sind aufgrund der derzeitigen Wirtschaftssituation nicht möglich.

Für die öffentlichen Haushalte ist die nominelle Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes maßgeblich. Dies gilt vor allem für die Einnahmen, zum Teil aber auch für die Ausgaben. Beim nominellen BIP wird für das Jahr 2010 mit einer Zunahme von 3,0 Prozent gerechnet, die sich im Jahr 2011 auf 3,7 Prozent erhöhen sollte. Für das Jahr 2010 rechnet man mit einer Erhöhung der Verbraucherpreise um 1,8 Prozent und für das Jahr 2011 mit 2,1 Prozent.

Einen wichtigen Aspekt der Prognose bildet der Arbeitsmarkt. Die Löhne und Gehälter blieben in den letzten Jahren unter dem nominellen Wachstum des BIP. Für das Jahr 2010 wird eine durchschnittliche nominelle Zunahme der Bruttoverdienste pro Kopf von 1,2 Prozent erwartet. Für das Jahr 2011 rechnet man mit einer durchschnittlichen Zunahme um 2,2 Prozent. Dieser Anstieg ist ein wichtiger Anhaltspunkt für die Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen, aber auch für den Personalaufwand je Beschäftigten.

Nach jährlichen Senkungen der Arbeitslosenzahlen in den Jahren 2006 bis 2008 waren im Jahr 2009 durchschnittlich 260.000 registrierte Arbeitssuchende zu verzeichnen. Im laufenden Jahr 2010 besserte sich die Situation auf eine durchschnittliche Arbeitslosenzahl von rund 250.000. Mit einer Arbeitslosenzahl in dieser Größenordnung wird auch für das Jahr 2011 gerechnet. Die Arbeitslosenrate wird in Österreich im Jahr 2010 nach EU-Definition (Eurostat) etwa 4,4 Prozent (beziehungsweise nach nationaler Definition des AMS rund 6,9 Prozent) betragen und sich im Jahr 2011 geringfügig auf 4,3 Prozent (beziehungsweise 6,8 Prozent) verringern. Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit dieser Arbeitslosenrate sehr gut.

Die Staatsverschuldung wird trotz der verbesserten Wirtschaftslage sehr stark wachsen. Nachdem der Schuldenstand bereits 2009 auf 67,5 Prozent des BIP kletterte (die Maastricht-relevante Marke liegt bei 60 Prozent), wird der Schuldenstand 2010 auf 70,2 Prozent des BIP anwachsen und bis 2013 noch weiter stark ansteigen. Für 2010 wurden dafür Ausgaben in der Höhe von 10,3 Mrd. Euro eingeplant.

Bedingt durch die Neuverschuldung ist das Zinsniveau ein wichtiger Faktor für die Budgetpolitik des Landes. Seit dem 7. Mai 2009 liegt der von der EZB festgesetzte Leitzinssatz bei 1,0 Prozent. Damit ist man von dem seit 16. Dezember 2008 unveränderten Leitzinssatz des USD-Kapitalmarktes nicht sehr weit entfernt. In den letzten Monaten war bereits ein leichter Anstieg des Euribor um rund 0,5 Prozent zu verzeichnen.

Seitens der Experten einschlägiger Bankinstitute wird daher mit einer Anhebung des Leitzinssatzes durch die EZB auf 1,5 Prozent noch im Dezember 2010 gerechnet. Wie sich die Zinspolitik im Euroraum im Jahr 2011 und in den Folgejahren fortsetzen wird, hängt sicher auch von der generellen Entwicklung der Wirtschaft und der Konjunktur ab und ist momentan nur schwer abschätzbar.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit dem Landesvoranschlag für 2010 haben wir bereits im Vorjahr die Weichen dafür gestellt, die Wirtschaftskrise im Burgenland abzufedern und den Schaden für den heimischen Arbeitsmarkt möglichst gering zu halten. Wir sind daher erstmals seit neun Jahren von unserem Kurs der ausgeglichenen Budgets abgegangen und haben bewusst neue Schulden in Kauf genommen.

Dies war notwendig, um entscheidende Ziele, wie die Sicherung von Arbeitsplätzen, die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Burgenland, das Forcieren von Bildungsmaßnahmen, den Ausbau des Gesundheitswesens sowie eine effektive

Unterstützung von sozial Schwachen gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation zu erreichen.

Diese Ziele behalten nach wie vor auch für den vorliegenden Landesvoranschlag 2011 ihre Gültigkeit. Die aktuellen Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten zeigen, dass wir mit einem verstärkten finanziellen Kraftakt für Investitionen in schwierigen Zeiten auf dem richtigen Weg sind.

Laut einer Studie des WIFO erreichte das Burgenland im ersten Halbjahr 2010 die Trendwende am Arbeitsmarkt mit einem Beschäftigungswachstum von 1,6 Prozent gegenüber 2009.

Besonders erfreulich ist laut dieser Studie das Sinken der Arbeitslosigkeit von April bis Juni um -9,9 Prozent im Vorjahresvergleich und das bei leicht steigendem Arbeitskräfteangebot. Hier haben vor allem Jugendliche bis 25 Jahren mit -15,1 Prozent deutlich davon profitiert. Eine Ausgewogenheit zeigte sich dadurch, dass alle Branchen daran teilhaben konnten.

Das bedeutet, dass die Maßnahmen greifen, die wir mit den verstärkten Investitionen, mit einer Unterstützung in der Höhe von zweimal 1,7 Mio. Euro für die Gemeinden sowie mit den Kraftpaketen für mehr Beschäftigung, für den Mittelstand und vor allem für die Jugend gesetzt haben.

Wir haben den richtigen Weg eingeschlagen.

Hohes Haus!

Ein bestimmender Rahmen für den Landeshaushalt ist der Finanzausgleich 2008–2013. Für dessen 2. Etappe der Jahre 2011 bis 2013 wurde der Entfall des gesamten Konsolidierungsbeitrages der Länder und der Gemeinden an den Bund beschlossen.

- Vom zusätzlich entfallenden Betrag erhalten die Gemeinden 103 Mio. Euro. Zusammen mit der 1. Etappe stehen daher den Gemeinden 156 Mio. Euro zur Verfügung. Davon stammen 50 Mio. Euro aus dem Konsolidierungsbeitrag der Länder. Von diesen Gemeindemitteln werden 100 Mio. Euro zur Kompensation der Abflachung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels der Gemeinden bis 10.000 Einwohner verwendet, was besonders den kleinen burgenländischen Gemeinden zugutekommt.

Die Kompensation für die „Verlierergemeinden“ hat vollständig, dynamisiert und punktgenau zu erfolgen. Für finanzschwache Städte und Gemeinden über 10.000 Einwohner werden in der zweiten Etappe insgesamt 16 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt.

Die Länder erhalten in der zweiten Etappe für die Landeslehrer statt bisher zusätzlich 12 Mio. Euro nun 13 Mio. Euro. an Strukturmittel.

- Die um 100 Mio. Euro aufgestockten Bundesanteile für die Gesundheitsfinanzierung in der 1. Etappe werden beibehalten.

Weiters kamen die Finanzausgleichspartner überein, folgende Maßnahmen zu setzen:

- Der Finanzierungsbeitrag der Länder für die Pflege soll 40 Prozent betragen, wobei der Gesamtbetrag mit 40 Mio. Euro gedeckelt wird.
- Für die Nettozusatzkosten bei der Mindestsicherung für Länder und Gemeinden wurde eine Obergrenze von zusammen 50 Mio. Euro festgelegt.

- Der Bund finanziert ab dem Schuljahr 2008/09 die Umsetzung der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen auf einen Richtwert von 25 im Ausmaß des tatsächlichen Bedarfes, nach den Kriterien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine weitere Rahmenbedingung für den Landeshaushalt ist der Österreichische Stabilitätspakt 2008–2013.

Durch die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sind die im Stabilitätspakt 2008 festgelegten Stabilitätsbeiträge praktisch obsolet geworden. Es besteht daher die Notwendigkeit, die festgelegten Stabilitätsbeiträge an die geänderten Verhältnisse anzupassen. Die Landeshauptleutekonferenz fasste daher am 6. September 2010 betreffend Stabilitätspakt folgenden Beschluss:

1. Der bestehende, bis Ende 2013 geltende Finanzausgleich muss unangetastet bleiben.
2. Zusätzliche neue Einnahmen durch den Bund müssen nach dem bestehenden einheitlichen Aufteilungsschlüssel aufgeteilt werden und es darf zu keiner Verschiebung des bestehenden Aufteilungsschlüssels kommen.
3. Ohne entsprechende finanzielle Mittel dürfen vom Bund keine Aufgaben an die Länder verschoben oder neue Aufgaben den Ländern übertragen werden.
4. Die Budgethoheit der Bundesländer muss gewahrt bleiben.

In der Landesfinanzreferentenkonferenz vom 19. Oktober 2010 wurde dieser Beschluss der Landeshauptleutekonferenz bekräftigt. Zusätzlich wurde festgehalten:

1. Ausgangspunkt für jede weitere Diskussion ist der bestehende Stabilitätspakt 2008.
2. Auch ein adaptierter Stabilitätspakt 2008 ist an die Finanzausgleichsperiode zu binden.
3. Die Entwicklung der Stabilitätsbeiträge von Bund, Ländern und Gemeinden müssen unter den Aspekten der Gleichberechtigung gesehen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Hohes Haus!

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise hat im burgenländischen Landeshaushalt tiefe Spuren hinterlassen. Die Erstellung des Landesvoranschlags 2011 war geprägt von einem „dramatischen Einbruch“ bei den gesamtsteuerlichen Ertragsanteilen. Davon sind der Bund, die Länder und die Gemeinden gleichermaßen betroffen.

Diese Dramatik zeigt sich bei den für den Landeshaushalt des Burgenlandes zu erwartenden Einnahmen aus den gesamten und gemeinsamen Steuereinnahmen.

Das Burgenland muss im Vergleich zur Prognose 2008 für die Budgeterstellung 2009/10 und 2011/12 mit 247,83 Mio. Euro weniger an Einnahmen bei den Ertragsanteilen rechnen.

Auch wenn die Bundessteuereinnahmen im ersten Halbjahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 3,8 Prozent gestiegen sind, empfiehlt das WIFO, diese Prognose mit Vorsicht zu genießen, da sich die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte ändern könnte. Wir mussten daher mehr als vorsichtig darauf reagieren.

Im Rahmen der Budgeterstellung ergab sich zwischen den Ausgaben 2010 und den zu erwartenden Einnahmen 2011 aus Ertragsanteilen eine Differenz von 125 Mio. Euro, die es auszugleichen galt.

Ausgabenseitig wurden in den einzelnen Ressorts Einsparungspotentiale von rund 58 Mio. Euro erzielt. Von den verbliebenen 67 Mio. Euro konnten aus den Rückflüssen der Wohnbaudarlehen - wie seit dem Jahr 2000 - rund 24,4 Mio. Euro für die Kofinanzierung der Ziel 1 beziehungsweise Phasing Out Fördergelder herangezogen werden. 22,6 Mio. Euro stellen die Qualitätssicherung der Wohnbauförderung sicher. Somit verbleibt ein Abgang von 20 Mio. Euro.

Seit 1967 sind die Ausgaben im Landeshaushalt jedes Mal gestiegen. Mit dem Budget 2011 haben wir nicht nur die stetige ausgabenseitige Steigerung „abgefangen“, sondern erstmals seit 44 Jahren auch eine Einsparung von 58 Mio. Euro erzielt.

Eine Neuverschuldung von 20 Mio. Euro war aber bei aller Kraftanstrengung unumgänglich, konnte jedoch um fast 20 Prozent unter jener des Jahres 2010 gehalten werden.

Das Ziel für die kommenden fünf Jahre ist es, die Neuverschuldung sukzessive jährlich zu reduzieren, sodass ab 2015 keine neuen Schulden anfallen!

Um die gesunden Finanzstrukturen und die finanzielle Handlungsfähigkeit nachhaltig für die Zukunft sicherzustellen, müssen weiterhin alle Sparpotentiale offensiv ausgeschöpft werden.

Deshalb haben sich alle Regierungsmitglieder dazu bekannt, auch in den nächsten Jahren alle Maßnahmen auf ihre Sinnhaftigkeit zu durchforsten und eventuell notwendige Schritte, wie Gesetzesänderungen zu initiieren.

Für die Entwicklung der Ertragsanteile ab 2011 sind zwei Faktoren, nämlich die Konjunktorentwicklung und die Änderungen ab der zweiten Etappe der laufenden Finanzausgleichsperiode, entscheidend. In den letzten Vorbereitungen für das Budget 2011 hat die Bundesregierung Ende Oktober 2010 eine Einigung über die Einführung neuer Steuern getroffen. Wesentliche daraus resultierende Maßnahmen gelten bis mindestens 2014:

- Eine Bankenabgabe, die dem Verursacherprinzip entspricht
- Eine Vermögenszuwachssteuer, die die Abschaffung der Spekulationsfrist beziehungsweise der Quellensteuer bedeutet
- Die Reform der Stiftungsbesteuerung, was eine Erhöhung des Zwischensteuersatzes und die Versteuerung von Immobiliengewinnen nach sich zieht
- Die Änderung der Konzernbesteuerung und den vehementen Kampf gegen Steuerhinterziehung
- Für die Finanztransaktionssteuer wird mit einer EU-weiten Einführung bis 2014 gerechnet

Im Burgenland wurden die Erträge dieser zusätzlichen Steuereinnahmen bereits in den Ertragsanteilen der Jahre 2011 bis 2015 berücksichtigt.

Ebenfalls einkalkuliert wurden die Einnahmen aus dem Glücksspielwesen, die sowohl für das Land als auch für die burgenländischen Gemeinden jeweils geschätzte 2 Mio. Euro jährlich betragen werden.

Die Ertragsanteile sind nach wie vor die wichtigsten Einnahmenkomponenten des Landes. Im Jahr 2011 wird bei geschätzten Ertragsanteilen in Höhe von 434,3 Mio. Euro damit eine Ausgabendeckung von 43,1 Prozent erreicht.

Eine weitere Einnahme ist der volle Kostenersatz des Bundes für die LandeslehrerInnen an öffentlichen allgemeinbildenden Pflichtschulen, allerdings nur entsprechend der genehmigten Stellenpläne. Ebenso wird die Hälfte der Kosten für die Lehrkräfte an berufsbildenden Pflichtschulen sowie an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen refundiert.

Das Land hat derzeit einen Lehrerüberhang, der vom Bund nicht mitfinanziert wird und daher das Land mit zusätzlichen Kosten von 2,4 Mio. Euro belastet.

Hohes Haus!

Um die Finanzierung der Wohnbauförderung langfristig abzusichern und, um eine allenfalls erforderliche Liquidität in den nächsten Jahren sicherzustellen, wurde bereits Ende 2006 die „Haushaltskonforme Restrukturierung der Rückflüsse aus Wohnbauförderungsdarlehen unter Berücksichtigung des Maastricht Ergebnisses des Landes Burgenland“ von der Burgenländischen Landesregierung beschlossen.

Die im Jahr 2008 gegründete Wohnbau Burgenland GmbH - kurz WBG - wird schrittweise, die bis Ende 2007 vergebenen Wohnbaudarlehen in Höhe von 983 Mio. Euro einlösen.

Die Intention des Landes Burgenland beziehungsweise das Geschäftsmodell der neuen Gesellschaft bestand dabei im Wesentlichen aus folgenden Prämissen:

- Kein Verkauf von Wohnbauförderungsdarlehen an Banken sondern Einlösung der entsprechenden Forderungen durch eine landeseigene, dafür gegründete Gesellschaft.
- Die Gestaltung und Gestion des Einlösungsbetrages und die Sicherung der Zuflüsse an die WBG bleiben im direkten und indirekten Einflussbereich des Landes.
- Für Darlehensnehmer von Wohnbaudarlehen treten keinerlei Änderungen ein.
- Darlehensgeber bleibt nach wie vor das Land.
- Die Rückzahlungen erfolgen wie bisher an das Land.
- Die Instrumente der vorzeitigen begünstigten Rückzahlung, der Stundung und des Nachlasses bleiben weiterhin vollinhaltlich für das Land anwendbar.

Mit diesen zusätzlichen Finanzmitteln soll die Wohnbauförderung in dieser Qualität beibehalten, sowie ein finanzieller Spielraum für die Kofinanzierung der Phasing Out Förderungen der EU und des Bundes geschaffen werden. Dadurch stehen Mittel für notwendige Impulse zur Belebung des burgenländischen Wirtschaftsstandortes bereit.

Durch die Rückflüsse dieser Wohnbaudarlehen wird die langfristige Rückzahlung der Finanzierung der WBG gesichert. Zeitlich parallel werden im Burgenland Neudarlehen vergeben, die in weiterer Folge ein Ansteigen der Rückflüsse im Land, somit den Aufbau von Darlehensforderungen und daher ein Ansteigen der Einnahmen bewirken. Durch die Umstellung von Zinszuschüssen auch für Genossenschaftsbauten auf Darlehen sind zusätzliche Rückflüsse zu erwarten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Erstellung des Landesvoranschlages fällt in meinen Verantwortungsbereich als Finanzreferent der Landesregierung. Gemeinsam mit der Finanzabteilung habe ich dabei in den Vorjahren eine Vorgangsweise gewählt, bei der

die zuständigen Regierungsmitglieder über die entsprechenden Fachabteilungen ihre Erfordernisse und Wünsche eingebracht haben.

Daraufhin wurde in der Abteilung 3 ein Grundgerüst erstellt und die sich daraus ergebenden Gesamtanforderungen den zu erwartenden Einnahmen gegenübergestellt. Dieser Grundraster war die Basis für anschließende Budgetklausuren und Einzelverhandlungen mit meinen RegierungskollegInnen.

In diesem Jahr haben wir die Philosophie in der Budgeterstellung geändert. Bereits in der Budgetausschreibung gab es die klare Vorgabe der Einsparungen bei den Ermessensausgaben von 18 Prozent und bei den Pflichtausgaben von 6 Prozent, was aber nicht bedeutete, dass jede einzelne Position als solche um die entsprechenden Prozentsätze gekürzt werden sollte. Die Kreditsperre wurde mit 12 Prozent festgelegt.

In Anlehnung an den Bund wurden „Globalbudgets“ mit festgesetzten Obergrenzen vorgegeben, die jedem Regierungsmitglied eigenverantwortlich den Handlungsraum offen lassen, in welchen Bereichen Einsparungen oder Erhöhungen vorgenommen werden.

Diese „Globalbudgets“ unterstreichen daher die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes der Burgenländischen Landesregierung für ihren beziehungsweise für seinen Arbeitsbereich.

Erstmals mit dem Landesvoranschlag 2011 wird auch der Verpflichtung zum Gender Budgeting umfassend nachgekommen. Dafür wurde eine flächendeckende Berichtsform, ausgedehnt auf alle genderrelevanten Budgetansätze, umgesetzt.

Es wurde ein Schwergewicht darauf gelegt, möglichst alle in Entscheidungsprozesse eingebundenen Landesbediensteten sowie alle Budgetbeauftragten zu erreichen und für Gender Budgeting zu sensibilisieren.

In diesem Bereich ist das Burgenland gemeinsam mit Wien und Oberösterreich Vorreiter. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Ich werde im heurigen Jahr im Hinblick auf die „Globalbudgets“ davon abgehen, Erklärungen zu den einzelnen Gruppen abzugeben. Einige wichtige Bereiche, die sich vor allem ausgabenseitig zu Buche schlagen und die von der Landesregierung vereinbart wurden, möchte ich dennoch anführen:

Mit der Novellierung des Bgld. Familienförderungsgesetzes wurde ein wesentlicher Schritt zur Umsetzung des Gratiskindergartens und damit zur weiteren Optimierung der Kinderförderung im Burgenland gesetzt. Das neue Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz wurde die Basis für einen weiteren Qualitäts- und Ausbauschub. In diesem Zusammenhang wird es daher auch zu keinen Kürzungen kommen.

Das Burgenland wurde in den vergangenen fünf Jahren zu einer sozialen Modellregion ausgebaut. In der Gesundheitsvorsorge nimmt das Burgenland eine Spitzenposition ein. Unter den schwierigsten Bedingungen hat das Burgenland entgegen dem österreichischen Trend einen Budgetrahmen geschaffen, sodass diese Topplatzierungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gehalten werden können. Das heißt: Es gibt keine Kürzungen im Sozialbereich und keine Einsparungen bei der Gesundheitsversorgung! Unsere hohen Standards bleiben erhalten!

Konkret bedeutet das: Es gibt keine Einsparungen bei den Sozialleistungen. Den Heizkostenzuschuss wird es auch im nächsten Winter geben, die Arbeitnehmerförderung werden wir valorisieren.

Ganz wichtig für das Burgenland ist aufgrund der demografischen Entwicklung die Versorgung der älteren Generation. Das Interesse an den Altenwohn- und Pflegezentren

ist seit der Abschaffung des Kinderregresses stark gestiegen. Daher halten wir am Ausbauprogramm mit zusätzlichen 200 neuen Pflegeplätzen fest.

Trotz Krise haben wir die Trendumkehr am Arbeitsmarkt als erstes österreichisches Bundesland geschafft. 2011 stehen wir vor der Herausforderung der Öffnung des Arbeitsmarktes. Im Budget 2011 wird es daher die nötigen Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik geben, die wir für die Facharbeiteroffensive und auch für das Jugendausbildungs- und Beschäftigungsprogramm brauchen.

Zukünftig sollen jedoch auch Maßnahmen zur Dämpfung der Ausgabensteigerung im Sozialbereich verstärkt durchgeführt werden!

Im Bereich der Krankenanstalten sollen begonnene Projekte nach genauester und sorgfältigster Vorbereitung weitergeführt werden. Das größte Vorhaben in diesem Bereich ist die Generalsanierung und der Ausbau des Schwerpunktkrankenhauses Oberwart sowie die Ausfinanzierung der Zielplanung des Krankenhauses der Barmherzigen Brüder in Eisenstadt.

Im Rahmen der Arbeitnehmer- und Jugendförderung hat das Land Burgenland fünf Schwerpunkte gesetzt, um sowohl junge Arbeitnehmer bis 25 Jahren, als auch ältere Arbeitnehmer ab 50 gezielt fördern zu können. Besonders forciert werden dabei konkrete arbeitspolitische Maßnahmen wie die Bildungskarenz oder die Arbeitsstiftungen. Für die Lehrausbildung von Jugendlichen steht der Ausbau der Lehrwerkstätten, wobei das größte Projekt die Lehrwerkstätte Mitte/Nord sein wird. Dieses Projekt wird im Rahmen des außerordentlichen Haushaltes auch aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Ziel des Landes ist es verstärkt, den sinnvollen und effizienten Einsatz von Energie im privaten, gewerblichen und öffentlichen Bereich zu fördern, wodurch ein Beitrag zur Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung und eine gesunde Entwicklung des Lebensraumes erreicht werden soll. Mit der Burgenländischen Energieagentur beziehungsweise der Technologieoffensive Burgenland wurden bereits Einrichtungen geschaffen, die als Hauptaufgaben die Energieförderung, die Energieforschung sowie die Nutzung neuer Technologien haben.

Insbesondere die Nutzung heimischer, erneuerbarer Energie sowie die Rückgewinnung von Energie werden dabei finanziell unterstützt.

Unter dem Schlagwort „Ökologisierung der burgenländischen Wirtschaft“ sind all jene Fördermaßnahmen zusammengefasst, die zur Ankurbelung von Investitionen und zur Unterstützung der lokalen Wirtschaft mit dem übergeordneten Ziel des Energiesparens und der Energieeffizienz dienen.

Zur nachhaltigen Standortsicherung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der burgenländischen Unternehmen haben sich das Land Burgenland und die Partner in der Wirtschaft gemeinsam entschlossen, Defizite in der Forschungs- und Entwicklungsarbeit aufzuholen. Unter der Leitung der WiBAG wurde ein Aktionsplan für die Innovationsoffensive Burgenland 2020 erstellt, dessen Inhalte unter anderem das Innovationsklima und -bewusstsein stärken und verbessern sollen. Am Innovations- und Forschungsstandort Burgenland sollen in ausgewählten Schwerpunkten mehr innovative Gründungen und Betriebserweiterungen gefördert werden.

Das Burgenland hat die aktuelle Wirtschaftskrise vor allem durch das mit 130 Mio. Euro dotierte Wirtschaftsförderpaket im Bundesländervergleich bisher sehr gut bewältigt.

Mitverantwortlich dafür war neben den Konjunkturpaketen von Bund und Land auch der umfassende Ansatz der burgenländischen Wirtschaftsförderung, bei der man

versucht, die Unternehmen in allen Phasen zu unterstützen. Besonderes Augenmerk wird auch auf die Unterstützung der Finanzierung durch Haftungen und Risikokapital gelegt.

Derzeit ist die weitere Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2011 und 2012 noch nicht mit ausreichender Sicherheit vorhersehbar. Deshalb soll auch in den kommenden Jahren der bisher beschrittene erfolgreiche Weg in der Wirtschaftsförderung weiter verfolgt werden.

Die Burgenländische Landesregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um auch nach dem Auslaufen der jetzigen Phasing Out Förderperiode im Jahr 2013 am europäischen Förderprogramm teilhaben zu können und damit eine entsprechende Nachhaltigkeit der bisher zur Verfügung gestellten Mittel zu erreichen.

Das seit dem Jahr 2001 betriebene Kredit- und Veranlagungsmanagement wird weiterhin für eine möglichst günstige Finanzierung der Landeskredite im Wege der Bundesfinanzierungsagentur Sorge tragen.

Hohes Haus! Das Land Burgenland unterwarf sich vor einiger Zeit einem internationalen Bonitätsrating. Dabei wurde die Vermögens- und Finanzkraft des Landes von Standard & Poors beleuchtet und für das Kurzfrustrating die Bestnote A1+ und ein Emittentenrating von AA+ bei stabilem Ausblick vergeben. Das Land ist damit grundsätzlich in der Lage, bei Krediten weitere Konditionsverbesserungen zu erzielen.

Außerdem ist ein großer Teil der Landes-Finanzschulden auf lange Sicht gegen Zinserhöhungen aufgrund eines möglichen Inflationsanstieges abgesichert.

Der Stand der Finanzschulden des Landes war bis Ende 2009 viele Jahre lang mit zirka 207 Mio. Euro nahezu unverändert und wird voraussichtlich 2010 auf 231,5 Mio. Euro und 2011 auf 251,5 Mio. Euro angehoben. Dies ist angesichts zum Teil explodierender Schuldenanstiege in den umliegenden Staaten, Regionen und Kommunen eine sehr moderate Erhöhung.

Das derzeit gesondert veranlagte Vermögen entspricht in etwa dem Finanzschuldenstand und wird seit 2006 ausgesprochen sicher und konservativ in Anleihen bester Bonität investiert. Trotz der weltweiten Finanzkrise ist einerseits der Wert der Veranlagungen von 225 Mio. Euro auf aktuell 242 Mio. Euro gestiegen und andererseits konnte eine jährliche Rendite von ca. 8,4 Mio. Euro erzielt werden. Diese Gelder fließen in den FAWI (Fonds für Arbeit und Wirtschaft) und stehen für den Ausbau von Infrastruktur (Straße und Schiene), Investitionen für die Wirtschaft, Umweltmaßnahmen und die Qualifizierung von Arbeitskräften zur Verfügung.

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Wille zum Sparen prägte auch in diesem zweiten, schwierigen Jahr inmitten der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise, der größten Krise in der Zweiten Republik, die Erstellung des Landesvoranschlages 2011.

Wir sind uns aber der Verantwortung gegenüber jenen Menschen bewusst, die mit weiteren Einsparungen nicht mithalten können, weil sie bereits am untersten Einkommensniveau leben müssen beziehungsweise deren Arbeitsplätze in anfälligen Wirtschaftssektoren bedroht sind. Deshalb haben wir dem Spargedanken auch die notwendigen Investitionen gegenübergestellt, um die Krise besser bewältigen zu können.

Die Erfahrungen aus dem Vorjahr haben uns Recht gegeben. Das Burgenland steht heute besser da als die meisten anderen Bundesländer. Mit ein Grund dafür war das antizyklische Investieren im Vorjahr, wo wir erstmals seit neun Jahren bewusst eine Neuverschuldung aus eben diesen Gründen in Kauf genommen haben.

Nicht sparen um jeden Preis, aber sparen, wo es sinnvoll und investieren, wo es notwendig ist, war daher der Leitgedanke für den Landesvoranschlag 2011. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die wichtigsten Eckdaten des vorliegenden Zahlenwerkes:

Im Landesvoranschlag 2011 stehen im Ordentlichen Haushalt Einnahmen von insgesamt 986,2 Mio. Euro Ausgaben von insgesamt 1.006,2 Mio. Euro gegenüber. Der Außerordentliche Haushalt sieht Einnahmen und Ausgaben von 24,4 Mio. Euro vor. Die Fondsgebarung ist mit 4,4 Mio. Euro ausgeglichen.

Folglich weist der Gesamthaushalt 2011 Einnahmen von 1.010,6 Mio. Euro und Ausgaben von 1.030,6 Mio. Euro aus. Der Abgang in der Höhe von 20 Mio. Euro wird durch zusätzliche Gelder in Form einer Darlehensaufnahme ausgeglichen.

Ein positiver Effekt beginnend ab dem Jahr 2011 spiegelt sich im Bereich des Finanzierungssaldos des Landes wider. Der eingeschlagene Sparkurs im Budget 2011 führt zu einem Überschusswert nach den Maastricht-Kriterien in Höhe von 1,4 Mio. Euro. Dieser Weg wird uns, wenn er beibehalten wird, zu einem prognostizierten Maastricht-Überschuss in Höhe von rund 68,0 Mio. Euro führen.

Das Burgenland hat in den letzten Jahren die im Stabilitätspakt vorgeschriebenen Werte erfüllt - in manchen Jahren sogar übererfüllt - und es gehört zu den wenigen Ländern, die auch im Jahr der Krise 2009 ein bereits anerkanntes Plus im Landeshaushalt erwirtschaften konnte. Unter dem Aspekt der Gleichberechtigung der Entwicklung der Stabilitätsbeiträge von Bund, Ländern und Gemeinden werden derzeit intensive Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über neue Haushaltsziele geführt, die den Ländern auch ein Minus in den Ergebnissen erlauben wird. Wir werden nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen ohne Probleme in der Lage sein, unsere Stabilitätsbeiträge zu erbringen! Das Burgenland dürfte ein negatives Maastricht-Ergebnis bis 2013, dem Verhandlungszeitraum aufweisen. Tatsächlich erwirtschaften wir allerdings auf Grund des vorliegenden Budgets und des Finanzplans bis 2015 durchwegs ein positives Maastricht-Ergebnis!

Die einlangenden Rückflüsse der Wohnbauförderung sind nach den Maastricht-Kriterien keine „echten Einnahmen“ und beeinflussen den Saldo daher negativ, obwohl sie zu einer stabilen und nachhaltigen Finanzierung der Wohnbauförderung wesentlich beitragen. Dieses Ergebnis kann man im Nachtragsvoranschlag 2010 nachlesen, denn im Saldo ergibt das ein Minus von zirka 68,7 Mio. Euro. Dieser Trend wird im Jahr 2011 bereits umgekehrt, da ein sinnvolles Gleichgewicht zwischen Mittelverwendung aus der WBG und weiterer Darlehensvergaben in der Wohnbauförderung, welche ebenfalls keine „echten Ausgaben“ nach Maastricht darstellen, gefunden wurde.

Hohes Haus! Die Hauptverantwortung der Budgeterstellung liegt in meiner Zuständigkeit, aber durch die neuen Möglichkeiten in der Einzelbewirtschaftung von „Globalbudgets“ kann jedes Regierungsmitglied seinen Bereich nach den aktuellen Notwendigkeiten eigenverantwortlich ausrichten.

Ich kann Ihnen daher den bereits elften Landeshaushalt, bei dem viele mitgewirkt haben, guten Gewissens vorlegen. Die KollegInnen sowohl auf der Regierungsbank als auch in den Abteilungen haben viel an Ideen, Kompetenz, konzeptionelle Anstrengung und harte Detailarbeit eingebracht. Es ist mir daher ein besonderes Anliegen, an dieser Stelle aufrichtige Worte des Dankes zu sagen:

Ich danke den Mitgliedern der Landesregierung, mit Herrn Landeshauptmann Hans Niessl und Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl an der Spitze. Sie

haben mit Engagement, Mut zu Entscheidungen und dem Willen zum sinnvollen Sparen dieses Budget ermöglicht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Ebenso herzlich bedanke ich mich bei den MitarbeiterInnen der Finanzabteilung sowie meines Büros für die hervorragende Zusammenarbeit. Ich danke auch allen anderen MitarbeiterInnen dieses Hauses, die an der Gestaltung dieses Landesvoranschlages in den einzelnen Abteilungen mitgewirkt haben. Die Zeit der Budgeterstellung ist immer mit besonderen Belastungen und Stress verbunden. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Mein größter Dank gilt aber jenen, ohne die es überhaupt nicht möglich wäre, ein Budget zu erstellen: den österreichischen und speziell den burgenländischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. *(Beifall bei der SPÖ, ÖVP und LBL)*

Durch ihren täglichen Einsatz und harte Arbeit erwirtschaften sie jene Mittel, die sie als Steuern der Allgemeinheit zuführen und die wir mit größter Sorgfalt zu verwalten und einzusetzen haben.

Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Wohl der BurgenländerInnen und den verantwortungsvollen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln im Auge wurde dieser Landesvoranschlag erstellt. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten die notwendigen Impulse für die Stärkung der Wirtschaft, für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, für den Ausbau des Gesundheitswesens, für die Familien, für den öffentlichen Verkehr, für Bildung und Qualifizierung sowie für sozial Schwache zu setzen, ist auch 2011 die Devise.

Sinnvoll sparen und zugleich gezielt investieren ist der Leitgedanke unseres politischen Handelns und der Landesvoranschlag 2011 ist das Fundament dafür.

Sie, werte Damen und Herren Abgeordnete, möchte ich ersuchen, gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung die Verantwortung zu übernehmen, mit uns diesen ausgewogenen Sparkurs einzuschlagen und dem Landesvoranschlag 2011 sowie dem Finanzplan für die kommenden fünf Jahre Ihre Zustimmung zu erteilen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Präsident Gerhard Steier: Ich danke dem Herrn Landesrat und Landesfinanzreferenten.

Die Regierungsvorlagen Zahl 20 - 60, Beilage 96, und Zahl 20 - 61, Beilage 97, weise ich dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages werden rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung und zwar die Budgetlandtagssitzung für den 15. und 16. Dezember 2010 vorgesehen sind.

Weiters möchte ich darauf aufmerksam machen, dass die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz um 15 Uhr 30 Minuten beginnt.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n.

Schluss der Sitzung: 15 Uhr 12 Minuten